

Denker: „An den Gerüchten ist nichts dran“

Politik CDU kolportiert ihren frühzeitigen Ausstieg aus Amt als Stromberger VG-Chefin im Mai 2017

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** In der Verbandsgemeinde Stromberg spitzt sich die politische Auseinandersetzung um die bevorstehende Fusion der VG immer weiter zu. Per Pressemitteilung hatte der Vorsitzende des Stromberger CDU-Gemeindeverbands, Jens Heinrichs, VG-Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) scharf attackiert. Sein Vorwurf: Denker wolle frühzeitig aus ihrem Amt, in das sie bis 2021 gewählt ist, aussteigen. Und zwar – nach Informationen Heinrichs, die er aus Denkers Umfeld erhalten haben will – bereits Ende Mai 2017. Dann wäre Denker 65 Jahre alt.

„Da ist überhaupt nichts dran“, kommentiert Denker das von Heinrichs lancierte Gerücht über einen vorzeitigen Ausstieg aus ihrem Amt. „Ich bin gewählt bis 2021. Punkt! Aus! Ende!“ Warum Heinrichs nun im Namen des CDU-Gemeindeverbands solche Gerüchte in die Welt setze, bleibe ihr rätselhaft: „Wenn man das braucht, um sich selbst politisch zu profilieren, dann macht man das eben“, sucht sie einen Erklärungsansatz. Und schiebt verschärfend hinterher: „Oder besser – wenn man nichts anderes hat, um etwas zu schmeißen, schmeißt man eben mit Dreck.“

CDU-Mann Heinrichs aber bleibt bei seiner Meinung: Denker will im Mai kommenden Jahres aufhören. „Ich habe diese Information aus zwei verschiedenen Richtungen“, sagt er, „jetzt wollen wir mal abwarten, was passiert“. Seiner Überzeugung nach könnte Denker trotz ihres Dementis ihren vorzeitigen Ruhestand schon bald publik machen. „Vielleicht verkündet sie bereits am Freitag, dass sie im Mai geht. Vielleicht zieht sie es ja auch noch ein bisschen hin“, erläutert Heinrichs – am Freitag tritt der Stromberger VG-Rat zu seiner nächsten Sitzung zusammen.

In einem krassen Gegensatz zu Heinrichs Informationen – Rückzug vor Ende der Amtsperiode und mitten in der Konstruktionsphase der VG-Fusion – stehe Denker zufolge allerdings das, was sie nicht müde wird zu betonen: eine Verpflichtung, die sie gegenüber ihren 45 Mitarbeitern habe. „Es glaubt ja wohl niemand, dass uns das Land in eine Fusion zwingt und ich meine Leute zwei Jahre vor dem aus Mainz vorgegebenen Termin im Stich lasse“, betont die VG-Bürgermeisterin.

Denker zitiert zum weiteren Beleg für ihre Absicht, die aktuelle Legislaturperiode auch tatsächlich als VG-Chefin zu beenden, den SPD-Fraktionschef Gerhard Keuser und seine Rede in der vergangenen Ratssitzung am 17. November. „Gerhard Keuser hat an diesem Abend sehr deutlich gemacht, dass ich bis 2021 gewählt bin. Wenn ich morgen tot umfallen sollte, würde meine Stelle dann wohl neu besetzt werden müssen.“ Doch auch diese Worte Keusers interpretiert Heinrichs gänzlich anders.

„Denker und ihr Umfeld kolportieren stets Dinge über ihren Gesundheitszustand – getreu dem Motto ‚Ich bin angeschlagen‘. So ungefähr hat das Keuser ja auch im VG-Rat ausgedrückt“, analysiert Heinrichs. Ähnliches sei in Heinrichs Wahrnehmung auch wiederholt in Gesprächen mit Mitgliedern der SPD-Fraktion durchgedrungen. Für den CDU-Mann gilt das als weiteres Indiz dafür, dass Denker konstant ihren vorzeitigen Rückzug aus dem Amt vorbereite.

„Wir müssen in die Politik in der VG wieder mehr Schwung reinbringen“, sagt Heinrichs. Generell will er seine Tonverschärfung im Rahmen der politischen Auseinandersetzung gerade um die Fusion der VG Stromberg genau so verstanden wissen: „Inhaltlich tut sich nichts, dann muss man eben immer wieder Prozesse anstoßen.“

Kommentar

Der Ton wird immer rauer

Allmählich werden in der politischen Debatte um die Fusion der VG Stromberg schwere Geschütze aufgeföhren. Natürlich geht es bei einer Verwaltungsehe um viel: um Geld, um Menschen, um Selbstständigkeit oder Eingliederung. Es ist aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solcher Ton, wie ihn CDU-Mann Heinrichs jetzt bereits seit einiger Zeit anschlügt, sachdienlich ist. Tatsächlich, da ist ihm beizupflichten, ist die Frau von der SPD, VG-Chefin Denker, bislang in Sachen Partnersuche nicht unbedingt mit so etwas wie Aktivismus aufgefallen. Heinrichs hat deshalb durchaus Recht, wenn er den Finger in die Wunde legt, will das Land doch erste konkrete Ergebnisse Ende Juni 2017 sehen. Wollen doch die möglichen Ausnahmen, die im Landesgesetz über



Dominic Schreiner
zum politischen
Zungenschlag

die Verwaltungsreform niedergeschrieben sind, wenigstens einmal angeprüft werden – ein dringlicher Hinweis darauf kam gar aus dem Ministerium selbst. Geschehen ist seitdem noch zu wenig. Dennoch: Heinrichs hat sich für einen ziemlich groben Zungenschlag entschieden. Denker selbst hat

seinen Tonfall als diffamierend bezeichnet. Sollte Denker bis zum Ende ihrer Amtszeit VG-Chefin bleiben, wäre das tatsächlich eine Diffamierung des politischen Gegners. Sollte Denker hingegen einen frühzeitigen Rückzug aus der Politik verkünden, hätte Heinrichs zwar in der Sache Recht behalten – aber in der Stilfrage nicht unbedingt gepunktet.

➔ E-Mail: Dominic.Schreiner@Rhein-Zeitung.net